Der Vorsitzende Abg. Dr. Griese bat Herrn Rüter die Präsentation zu diesem TOP vorzunehmen.

Herr Rüter erläuterte kurz die Entstehung und die aktuellen Neuerungen im Vertragsnaturschutz des Kulturlandschaftsprogrammes. Er verdeutlichte über die Präsentation hinaus, dass alte Verträge von den Landwirten auf Antrag auf die neuen Förderrichtlinien umgeschrieben werden könnten. Weiterhin habe die EU die Verschärfung der Vor-Ort-Kontrollen gefordert, wodurch sich ein erheblicher zeitlicher Mehraufwand für die Untere Landschaftsbehörde (ULB) ergebe. Die Kontrollen seien wesentlich häufiger und dichter durchzuführen. Beim Ausblick wie es nun weitergehe, erklärte Herr Rüter, dass fast alle Landwirte die Änderungsanträge schon gestellt hätten und nun auf die Bewilligung seitens der ULB warten würden. Dazu sei der Beschluss des Kreisausschusses notwendig. Für nächstes Jahr seien die erhöhten Prämien wohl mit dem geplanten Haushalt abzudecken. Für das Jahr 2017 sehe er eine Mittelerhöhung als notwendig an.

(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann im Internet unter www.rheinsieg-kreis.de → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)

SkB Anschütz bat um Informationen, ob der Einsatz von genverändertem Saatgut und die Anwendung von glyphosathaltigen Pestiziden auf Flächen, die im Vertragsnaturschutz aufgenommen worden sein, gestattet sei. Weiter gab sie zu bedenken, dass die Tiere nach bisherigen Vorgaben bis zum 01.11. eines Jahres von den Flächen heruntergeholt seien sollten. Durch die Änderung der klimatischen Bedingungen sei es sinnvoller die Flächen erst zum 01.12. eines Jahres räumen zu müssen. Herr Rüter erläuterte, dass der Vertragsnaturschutz keine Einschränkungen hinsichtlich des Einsatzes von gentechnisch verändertem Saatgut treffe. Durch das generelle Verbot im Vertragsnaturschutz, Pflanzenschutzmittel anzuwenden, werde der Einsatz von glyphosathaltigen Pestiziden ausgeschlossen. Hinsichtlich der Beweidungszeit der Weideflächen gebe es seitens des Landes eine Empfehlung, die Tiere ab 01.11. herunterzunehmen. In einem Jahr wie diesem mit einem bisher sehr warmen und trockenen November hätten die Bewirtschafter die Möglichkeit, auf Antrag eine längere Beweidung der Flächen vorzunehmen. Bei Grundstücken in besonders trocken-warmen Lagen sei die Möglichkeit vorhanden, die Beweidungszeiten in den Verträgen grundsätzlich mit anderen Fristen zu gestalten.

Auf Nachfrage des SkB Nöthen bestätigte Herr Rüter, dass die Landwirte die Flächennutzungsprämie der EU noch zusätzlich zu den Zahlungen des Vertragsnaturschutzes erhalten. Weiter erläuterte Herr Rüter auf seine Nachfrage, dass die Biologische Station als landwirtschaftlicher Betrieb die gleichen Antragsrechte hätte, die auch anderen Landwirten zustehen.

Abg. Wagner gab zu bedenken, dass sich grundsätzlich die Frage zu stellen sei, in welchem finanziellen Umfang, welche Größe an Fläche zu fördern sei. Es handle sich um kulturell geschaffene Flächen mit darauf anzutreffendem Tierbestand, die von dem Ursprung her eigentlich reine Waldflächen seien.

Abg. Albrecht hob hervor, dass seine Fraktion dem Kulturlandschaftsprogramm sehr

positiv gegenüberstehe. Es fügte an, dass Gelder von anderen Stellen nicht abgerufen werden könnten, wenn eine Unterstützung von Seiten des Rhein-Sieg-Kreises ausbleibe. Ihn interessiere die Sicherstellung, eine Doppelförderung über Chance7 und das Kulturlandschaftsprogramm zu vermeiden. Herr Rüter konnte zusichern, dass eine Doppelförderung unterbleibe, da die Flächen des Kulturlandschaftsprogrammes an das Chance7-Team weitergeleitet werden und darüber ein Abgleich stattfände.

SkB Smielick begrüßte den Vertragsnaturschutz, da der Eigentümer weiter seine Fläche behalte. Allerdings sah er ebenfalls die Gefahr, dass die finanziellen Belastungen für den Rhein-Sieg-Kreis zu stark steigen könnten. Er betonte, dass die Kosten insgesamt beobachtet werden müssten.

SkB Anschütz erklärte, dass ihre Fraktion den Vertragsnaturschutz unterstütze, um den gegebenen Artenrückgang durch die konventionelle Landbewirtschaftung zu dämpfen. Sie sah die Notwendigkeit, durch finanzielle Anreize die landwirtschaftlichen Betriebe bei der ökologischen Bewirtschaftung zu unterstützen.

Abg. Josten-Schneider bat um Ergänzung des Beschlusses, dass sich der Finanzausschuss noch vor dem Kreisausschuss mit den Faktor der steigenden Kosten durch das Kulturlandschaftsprogrammes befasse.

SkB Schön bat darum, die möglichen Kosten nicht über den Erhalt der Kulturflächen zu setzen.

Abg. Wagner machte nochmal darauf aufmerksam, dass es durch die Erhöhung der Ausgleichszahlungen für die von den Landwirten beantragten Flächen dazu führe, dass noch mehr Flächen hinzukämen. Damit steige die finanzielle Belastung für den Etat des Rhein-Sieg-Kreises erheblich. Deshalb sei es notwendig, sich zu überlegen, wie weit die Hinzunahme weiterer Flächen als dringend notwendig zu erachten sei.

SkB Grünhage stellte eine Nachfrage zu den vorliegenden Unterlagen (Seite 80 handschriftlich) hinsichtlich der aufgeführten Kosten für zertifiziertes Saatgut für einjährige und mehrjährige Saatgutmischungen. Herr Rüter erläuterte, dass je nach Menge und Art der Herstellung einzelne Saatgutmischungen in ihrem Preis erheblich auseinander liegen könnten.

Abg. Geske erklärte, dass nicht alleinig die Extensivierung der Landwirtschaft für ihre Fraktion im Vordergrund stehe, sondern auch die Biodiversität. Sie sehe deshalb den Vertragsnaturschutz mit seinen finanziellen Anreizen als eine gute Möglichkeit, hier regulierend einzugreifen. Ansonsten seien die Flächen unter Naturschutz zu stellen, um die Biodiversität zu erreichen. Dies würde für die öffentliche Hand mit erheblichen Mehrkosten einhergehen. Herr Rüter stellte hierzu klar, dass die Aufwandsentschädigungen den Landwirten nur einen Ausgleich für entgangene Nutzungsmöglichkeiten geben. Die Sätze seien von Seiten der Landwirtschaftskammer so kalkuliert, dass sie den Mehraufwand beziehungsweise den Minderertrag ausgleichen. Eine Anreizkomponente, wie sie früher in den Verträgen vorhanden war, ist europarechtlich nicht mehr zulässig.

Abg. Sicher bat um Auskunft hinsichtlich der Auflagen zur Beseitigung der Blüh- und Schutzstreifen. Sie habe mehrfach beobachtet, dass die Streifen von den Landwirten schnell beseitigt würden, um das Getreide vor Einsaaten aus diesen Streifen zu schützen. Herr Rüter verdeutlichte, dass die Pflege der Schutzstreifen in den Verträgen im Einzelnen geregelt sei. In Einzelfällen könne es allerdings dazu kommen, dass diese Streifen von den Landwirten früh gemäht würden, um den Unkrautdruck auf den Ackerflächen nicht zu erhöhen.

SkB Smielick regte an, ob die sogenannten Ackerrandstreifen nicht besser in die Feldmitte gesetzt würden. Dann könnten sie nicht, z. B. als Fußwege oder Hundetoiletten missbraucht werden, was die Landwirte begrüßen würden. Herr Rüter gab zu bedenken, dass es hier zwei unterschiedliche Schwerpunkte gebe, die betroffen seien. Einmal die Ackerbegleitflora, die durch die Ackerrandstreifen in ihrer Vielfalt erhalten werden sollen. Weiter gebe es andere Bausteine für die z. B. die vogelkundlichen Aspekte, die dann tatsächlich in die Feldmitte eingebaut würden.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese ergänzte den Beschlussvorschlag um den Zusatz „und dem Finanzausschuss“ und bat um Abstimmung.